

Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 16.11.2023

1. Gegenstand der Vorlage:

Abschlussinformation zum Ersuchen der BVV, Ds-Nr. 0946/IX aus der 21. BVV vom 27.04.2023, Gute Auszubildende für Marzahn-Hellersdorf

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Mehrere Fachämter sind bereits für eine gute Arbeitsmarktintegration der Menschen mit Fluchthintergrund tätig - sowohl innerhalb des Bezirks als auch darüber hinaus. Es hat sich gezeigt, dass eine erfolgreiche Beratung sowohl von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern als auch potentiellen Auszubildenden oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stark von Faktoren abhängig ist, die sich individuell sehr unterscheiden. Neben Jobmessen oder anderen Austauschformaten zwischen Betrieben, die das Interesse wecken und allgemeine Fragen beantworten können, sind daher vor allem Beratungsangebote sinnvoll, die den einzelnen Menschen in den Fokus nehmen und persönliche Strategien entwickeln.

Dies geschieht in Marzahn-Hellersdorf z.B. durch die bezirklichen Migrationsdienste (Jugendmigrationsdienste, Migrationsberatung für Erwachsene, Migrationssozialdienst). Über den „Integrationsfonds“ finanziert das Bezirksamt diverse Projekte, die ganzheitlich beraten, z.B. im Frauencafé ROSA oder an drei Standorten der Willkommenskultur-Koordination (Hellersdorf-Nord, Hellersdorf-Ost, Marzahn-Süd). Viele Geflüchtete möchten eine berufliche Perspektive, müssen jedoch zunächst zahlreiche Hürden meistern um eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Neben den Deutschkenntnissen und der Anerkennung bereits erfolgter Bildungsabschlüsse des Herkunftslandes ist dafür der Aufenthaltstitel entscheidend. Ohne eine Arbeitserlaubnis dürfen sie nicht arbeiten.

Interessierte Unternehmen erhalten durch spezialisierte Beratungsteams, z.B. ARRIVO, eine passgenaue Beratung, wenn sie Fragen rund um die Besetzung von freien Stellen haben. Die Unsicherheiten sind z.T. groß, z.B. wenn Aufenthaltstitel inkl. Arbeitserlaubnis auslaufen und das Landeseinwohneramt keine neuen Termine vergibt, um die Fristen zu verlängern. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber fürchten, ihre Auszubildenden oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus formellen, ausländerrechtlichen Gründen zu verlieren und reagieren zögerlich. Es gilt, die zuständigen Landesbehörden in die Pflicht

zu nehmen und die zahlreichen sozialen Konsequenzen aufzuzeigen, die eine Verunsicherung der Wirtschaft mit sich bringt.

Die Bewohnerstruktur in den acht LAF-Gemeinschaftsunterkünften und zwei Aufnahmeeinrichtungen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf setzt sich zusammen aus Personen, die aufenthaltsrechtliche Verfahren durchlaufen, sowie Personen, deren Asylverfahren abgeschlossen ist. Der erstgenannte Personenkreis befindet sich in Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und erhält bis zur Klärung des Aufenthaltsstatus i.d.R. keine Arbeitserlaubnis.

Nach Abschluss des Verfahrens und der damit verbundenen Klärung der Aufenthaltsberechtigung fallen Personen mit einem entsprechenden Aufenthaltsstatus in die Zuständigkeit des Jobcenters. Das Jobcenter unterstützt bei der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus den Herkunftsländern und erarbeitet mögliche neue Berufsausrichtungen. Weitere Schritte des Vermittlungsprozesses können Praktika und andere vom Jobcenter unterstützte Eingliederungshilfen sein, die u.a. bei lokalen Handwerksbetrieben absolviert werden können. Das Jobcenter Marzahn-Hellersdorf hat im berlinweiten Vergleich eine sehr hohe Integrationsquote. Handwerks- und andere Betriebe haben die Möglichkeit, ihre freien Stellen über den Arbeitgeberservice der Bundesagentur für Arbeit zu melden.

Das Bezirksamt organisiert am 13. und 14. Oktober 2023 eine bezirkliche Jobmesse und stellt hierbei kleinen Unternehmen kostenlose Standflächen zur Verfügung. Informationen zur Jobmesse wurden durch das Integrationsbüro des Bezirksamtes über die Unterkunftsleitungen an potentiell interessierte Geflüchtete herangetragen. Im Übrigen steht das Integrationsbüro im regen Austausch mit den Unterkunftsleitungen und weist diese ggf. auf arbeitsmarktrelevante Angebote und Akteure hin.

Im Bezirklichen Bündnis für Wirtschaft und Arbeit Marzahn-Hellersdorf (BBWA) arbeitet das Bezirksamt mit dem Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis e.V. zusammen, um das 2019 beschlossene „Gemeinsame Konzept zur Arbeitskräftesicherung und Entwicklung des Berufsnachwuchses in Marzahn-Hellersdorf“ umzusetzen. Hierbei wird auch das Potenzial neuer Arbeitskräfte durch Geflüchtete berücksichtigt. Im strategischen Entscheidungsgremium des BBWA ist u.a. auch das Jobcenter vertreten. Über verschiedene landesseitige Förderprogramme, die den Berliner BBWA zur Verfügung stehen, sind in den letzten Jahren Projekte umgesetzt worden, die konkret auf die Beschäftigungsförderung abzielen sowie den niedrigschwelligen Zugang in den Arbeitsmarkt zum Inhalt hatten.

Darüber hinaus stehen das Bezirksamt und insbesondere die Wirtschaftsförderung mit der Berliner Handwerkskammer in Verbindung. Auch diese bietet lokalen Unternehmen eine Vielzahl von Unterstützungsmöglichkeiten bei der Suche nach Arbeitskräften. Auf dem Suchportal der Handwerkskammer befinden sich Ausbildungs- und

Praktikumsplätze lokaler Handwerksunternehmen. Eine besonders intensive Zusammenarbeit findet zwischen dem Projekt „Einstieg zum Aufstieg“ des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller e.V. und dem Bezirksamt statt: Verabredet wurde, dass die bezirklich geförderten Projekte der Arbeitsmarktintegration interessierte Bewerberinnen und Bewerber direkt vermitteln. Offene Stellen werden besetzt, weil Marzahn-Hellersdorfer Beratung passgenaue Kandidatinnen und Kandidaten vorschlägt. Die von Frau Zivkovic in ihrer damaligen Eigenschaft als Bezirksstadträtin für Soziales initiierte Zusammenarbeit hat sich als fruchtbar und erfolgreich erwiesen. Das Bezirksamt wird diesen Weg der unmittelbaren Kooperationen weiterverfolgen. Ein Austausch besteht ebenfalls mit dem „Willkommen in Arbeit“-Büro, welches mehrsprachige Qualifizierungsseminare für Geflüchtete anbietet, die in bestimmten Bereichen arbeiten möchten, z.B. in sozialen Berufen, Pflege, Kurierdienste und Lieferservice, aber auch Handwerksbetriebe (Maler, Maurer, Garten- und Landschaftsbau).

Nadja Zivkovic

Bezirksbürgermeisterin